

(Die Gemeindewahlreform.) Gestern fand eine Konferenz der freiheitlich-bürgerlichen Mandatäre über die Vorschläge des Bürgermeisters betreffend eine Reform des Gemeindewahlrechtes statt, an welcher die Mitglieder des Deutschfreihheitlichen Verbandes im Abgeordnetenhause, die freiheitlichen Gemeinderäte und Bezirksräte und Vertreter der freiheitlichen Barchie teilnahmen. Der Vorsitzende Stadtrat Dr. Hein besprach eingehend die christlichsozialen Wahlordnungsvorschläge und wies darauf hin, daß die freiheitlich-bürgerliche Partei bereits in wiederholten Konferenzen für das allgemeine, gleiche Wahlrecht mit Verhältniswahl eingetreten sei und an dieser Anschauung unbedingt festhalte, so daß die entschiedene Stellungnahme gegen das vom Bürgermeister vorgeschlagene Kurien-system sich von selbst ergebe. Redner wies darauf hin, daß nach den vorliegenden Vorschlägen in der allgemeinen Kurie die Wahlkreise ganz willkürlich je nach dem Bedürfnis der herrschenden Partei zusammengeworfen werden. Ueberaus bezeichnend ist es, daß in der vom Bürgermeister projektierten sogenannten Kurie der Interessenten die Personalolnkommensteuerträger vollständig des Wahlrechtes beraubt, der sonstige Besitz und die Intelligenz dadurch, daß gerade in dieser Interessentenkurie die Minoritätsvertretung abgelehnt wird, der richtungslos Majorisierung durch die Erwerbsteuerträger der vierten Klasse und die von dem christlichsozialen Heimats- und Bürgerrechtsausschuß ernannten Bürger ausgeliefert werden. Auch die vorgeschlagene Frauenkurie könne keinen Anbänger des Frauenwahlrechtes befriedigen. Der Redner habe in der letzten Gemeinderatssitzung vom Bürgermeister die schleunige Einberufung des Wahlreformauschusses verlangt und in der Begründung der diesbezüglichen Interpellation gegen die alten Grundsätze der Gerechtigkeit und allen Erfordernissen einer großstädtischen Verwaltung widersprechenden Wahlordnungsvorschläge des Bürgermeisters entschiedenen Protest erhoben und den schärfsten Widerstand angekündigt. In der sich an dieses Referat anschließenden lebhaften Diskussion, an welcher die Herren Bezirksvorsteher Dr. Blasel, die Reichsratsabgeordneten Benker, Dr. Ofner, Baron Sod, die Gemeinderäte Bohner, Dr. Granitsch, Dr. Ludwig Bogler und Bezirksrat Lotties teilnahmen, wurde von allen Rednern betont, daß die Vorschläge des Bürgermeisters, welche geeignet sind, das freiheitliche Bürger-tum jeder Vertretung zu berauben, gänzlich unannehmbar sind und von den Gemeinderäten mit aller Entschiedenheit bekämpft werden müssen.